

Die Situation in Afghanistan ist eine humanitäre Katastrophe. Seit dem Rückzug der internationalen Truppen befindet sich das Land in einem angsterregenden Prozess der Destabilisierung. Die Vereinten Nationen bestätigten bereits Ende August Massenhinrichtungen von Zivilist*innen und ehemaligen Angehörigen der afghanischen Sicherheitskräfte. Der Bewegungsspielraum von Frauen und Mädchen wird weiter eingeschränkt, friedliche Proteste werden unterdrückt und Minderjährige zum Waffendienst gezwungen. Es bestehen gravierende Risiken für Menschenrechtler*innen, davon insbesondere Frauenrechtler*innen, sowie Journalist*innen, Kulturschaffende und lokale Politiker*innen sowie alle Personen, die in den vergangenen Jahren für eine Demokratisierung des Landes und eine offene Gesellschaft eintraten.

Ich möchte hier nicht über die lange Liste des Versagens westlicher Akteur*innen im Afghanistan-Krieg sprechen. Auch nicht über das Versagen der Bundesregierung, bedrohte afghanische Ortskräfte unbürokratisch und schnell aus dem Krisengebiet zu evakuieren. Die Vergangenheit kann man nicht ändern, man kann nur daraus lernen und eine Verantwortung für die Zukunft ableiten.

Genau vor dieser Verantwortung drücken wir uns. Mit "wir" meine ich die westliche Welt, die EU, Deutschland, Hessen, Marburg-Biedenkopf. Afghanistan ist nur EIN Beispiel für die Verstrickung westlicher Länder in die Konflikte des Globalen Südens. Damit meine ich nicht nur die Folgen des Kolonialismus, ich meine auch die Folgen einer ungleichen internationalen Handelspolitik, die Folgen von Klimawandel und Waffenexport, scheinheiliger Außenpolitik und verfehlter Entwicklungshilfe. Die Länder des Globalen Südens sind heute gezeichnet von Bürgerkriegen, autoritären Regimen, Extremwetterereignissen, Hunger und Krankheiten. Und wir alle tragen eine Mitschuld daran. Indem wir Billigprodukte von multinationalen Unternehmen kaufen, Banken unterstützen, die die Rüstungsindustrie finanzieren, in den Flieger steigen und so den weltweiten CO₂-Ausstoß befeuern.... Warum hole ich so weit aus? Weil wir uns in einer globalisierten Welt nicht wegducken können, weil alles mit allem zusammenhängt, ob wir wollen oder nicht.

Niemand kann sich aussuchen, wo er oder sie geboren wird. Wir alle hier in diesem Raum haben das Glück, in Frieden und Sicherheit zu leben. Wer dieses Glück nicht hat, kann nur versuchen, sein eigenes Land zu reformieren oder es zu verlassen. Die Menschen, über die wir heute reden – die Menschen, die auf der Flucht sind vor Krieg, Vertreibung, Hunger und Krankheit – haben genau das getan. Viele davon haben sich für Menschenrechte in ihrem Land eingesetzt, für Demokratisierung und Frieden. Viele davon mussten ihr Land verlassen, weil ihnen die Lebensgrundlagen und Zukunftsperspektiven genommen wurden. Es ist unsere Pflicht, diesen Menschen zu helfen, da wir die Gewinner*innen – und sie die Verlierer*innen – in der weltweiten Geburtenlotterie sind.

Als wir den vorliegenden Antrag im Ausschuss beraten haben, war oft die Rede von "Symbolpolitik". Ja natürlich, dieser Antrag wird vorerst nicht dazu führen, dass wir zusätzlichen 200 Menschen ein Leben in Frieden und Sicherheit im Landkreis ermöglichen können. Die hessische Landesregierung setzt das Landesaufnahmeprogramm, das im Koalitionsvertrag steht, nicht um. Und selbst wenn sie es umsetzte, würde es wohl von der Bundesregierung nicht anerkannt werden. Wir können hier im Landkreis nicht eigenmächtig entscheiden, wie viele Geflüchtete wir aufnehmen. Aber wir können nach außen hin signalisieren, dass wir

zumindest bereit sind, Menschen zusätzlich zur regulären Verteilungsquote aufzunehmen und so ein Zeichen der Solidarität setzen.

Genau das ist der Kern des Bündnisses "Sicherer Hafen". Wer sich zum Sicherem Hafen erklärt – und das haben bereits 267 Gemeinden und Landkreise in Deutschland getan – , der heißt geflüchtete Menschen willkommen, setzt sich für sichere Fluchtwege ein und signalisiert Bund und Ländern eine Aufnahmebereitschaft über den Königsteiner Schlüssel hinaus. Es reicht eben nicht, sich hier auf den Beschlüssen der Bundesregierung auszuruhen. Wir haben heute die Chance, zu zeigen, dass wir weltoffen sind, dass wir bereit sind, unseren Wohlstand zu teilen, wenn man uns denn lässt. Denn es ist unsere humanitäre Pflicht, Menschen zu helfen, die in Not sind.

Andere Landkreise haben dies bereits verstanden und ein Zeichen gesetzt, auch in Hessen. Ich spreche hier vom Landkreis Darmstadt-Dieburg, vom Werra-Meißner-Kreis, vom Landkreis Gießen, Groß-Gerau und Hersfeld-Rotenburg. Sie alle sind bereits Mitglieder des Bündnisses "Sicherer Hafen" – sie alle bilden eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik. Lassen Sie uns Teil dieser Stimme sein. Lassen Sie uns gegenüber Bund und Land signalisieren, dass wir die Kapazitäten und den Willen haben, Menschen in Not zu helfen. Nur so werden sich am Ende auch die Regeln auf Landes- und Bundesebene ändern. Echte Veränderung kommt immer von unten. Und das ist weit mehr als Symbolpolitik.